

„Was bei Putin vorgeht, das können wir sowieso nicht wissen“

Stand: 03:29 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Daniele Raffaele Gambone

Führen die deutschen Waffenlieferungen zu einer weiteren Eskalation im Konflikt mit Russland? Die Gäste bei Anne Will lehnten diese Sicht ab. Dennoch stritten sie über das Vorgehen der Bundesregierung. Auch ein Mitglied der Ampel-Koalition äußerte sich dabei kritisch.

Trägt die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zur Verlängerung eines verlustreichen Krieges bei oder bringt sie das Land mittelfristig in die Position, mit Russland über einen Frieden in der Region verhandeln zu können?

Lange schien die Bundesregierung diese Frage nicht für sich geklärt zu haben, und auch nach der Entscheidung, den ukrainischen Widerstand gegen Putins völkerrechtswidrigen Angriff mit Flugabwehrpanzern zu unterstützen, hinterlässt Deutschland einen verunsicherten Eindruck.

Die Sorge, durch das eigene Zutun könne die Gefahr einer Ausweitung oder gar einer atomaren Eskalation der Kampfhandlungen steigen, prägt hierzulande weiterhin die Debatte. „Panzer ins Kriegsgebiet – wohin führt Deutschlands Ukraine-Politik?“, wollte auch Anne Will von den Gästen ihrer ARD-Talkshow am Sonntagabend wissen.

Mit der zum Interview zugeschalteten Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken (SPD) und der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), hatte die Moderatorin drei hochrangige Vertreterinnen der regierenden Ampelkoalition eingeladen. Der CDU-Abgeordnete Johann David Wadehul und der „Spiegel“-Journalist Markus Feldenkirchen komplettierten die Runde.

Baerbock verteidigte erwartungsgemäß den von außen nicht immer leicht nachzuvollziehenden Kurs der Bundesregierung. Die Gefahr sei nicht größer geworden, ein gewisses Risiko im Kontext des Krieges allerdings gegeben, so die Außenministerin sinngemäß.

„Mit absoluter Sicherheit, so brutal ist die derzeitige Lage, kann man gar nichts sagen, weil wir mit einem russischen Präsidenten konfrontiert sind, der mit jeglichen Regeln des internationalen Zusammenlebens, mit jeglichen Regeln der Menschlichkeit gebrochen hat“, erläuterte Baerbock.

Aus dem aktuellen Geschehen und der bedauernswerten Lage der Zivilisten in der Ukraine leitete die Grünen-Politikerin einen Handlungsauftrag ab. „Wenn wir nichts tun würden, dann wäre das Leid der Ukrainer noch viel, viel schlimmer, und deswegen sind wir diesen nächsten Schritt gegangen, und zwar gemeinsam mit unseren internationalen Partnern“, begründete sie die Zusage der Waffenlieferungen.

Gleichzeitig gab Baerbock zu bedenken, dass Putin ein passives Verhalten als Einladung deuten könnte, weitere Staaten anzugreifen. Eine zentrale Bedeutung, um dies zu verhindern, sprach sie den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zu, deren Ende an den militärischen Rückzug gebunden sei.

„Wir können diese Sanktionen erst aufheben, wenn das internationale Recht, und zwar in jeglicher Hinsicht, wieder komplett in Kraft gesetzt ist. Und das bedeutet, die russischen Truppen müssen abgezogen sein“, erklärte die Außenministerin wörtlich. Zudem kündigte sie einen Besuch in Kiew an, ohne aber einen Termin zu nennen.

Dass auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz eine Reise in die ukrainische Hauptstadt plant, wertete der Christdemokrat Wadehul als ein „gutes Zeichen der Solidarität mit der Ukraine“. Für Bundeskanzler Olaf Scholz könnte dadurch der Druck steigen, sich ebenfalls auf den Weg nach Kiew zu machen.

„Spiegel“-Journalist bescheinigt Kanzler Scholz „ein Riesenproblem“

„Die Chance, dort ein Symbol zu setzen, Solidarität vor Ort auch zu zeigen, die hat er jetzt schon verpasst“, urteilte dagegen Feldenkirchen. Der „Spiegel“-Autor attestierte dem Regierungschef auch sonst ein unglückliches Auftreten, besonders in Bezug auf die Erklärung seiner Maßnahmen und Richtungswechsel. „Diese Unfähigkeit, sich und die ständig neuen Schritte – er macht ja ständig neue Politik – so zu erklären, dass man noch hinterherkommt, dass man es nachvollziehen kann, halte ich für ein Riesenproblem“, so der Journalist.

Er verlangte von der SPD-geführten Regierung ein Fehlereingeständnis. „Wenn schwere Waffen jetzt richtig sind, dann wäre die Vorbereitung der Lieferung schwerer Waffen vor zwei Monaten völlig richtig gewesen. Da wurde Zeit verspielt“, kritisierte Feldenkirchen.

„Der Kanzler hat eine super Rede gehalten zum Thema Zeitenwende, dann kam aber das große Schweigen“, gab FDP-Politikerin Strack-Zimmermann zu und forderte: „Ich glaube, dass es von Bedeutung ist, dass wir jetzt mit den Europäern – um im Bild zu bleiben – im Gleichschritt gehen, dass wir nicht immer die sind, die so ein bisschen hinterherdödeln.“

Andererseits erinnerte die Liberale daran, „dass Deutschland inzwischen sehr, sehr viel Dinge geliefert“ habe. Dass es der Bundesregierung wichtig sei, darüber nicht zu sprechen, wertete Strack-Zimmermann als „einen großen Fehler“. Die Bereitstellung schweren Kriegsgeräts bezeichnete die FDP-Abgeordnete wiederum als „richtiges Signal“ an den russischen Präsidenten und riet dazu, nicht dessen Narrativ von der Gefahr eines dritten Weltkriegs zu übernehmen. „Was bei Putin vorgeht, das können wir sowieso nicht wissen“, lautete das Fazit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Bei CDU-Mann Wadephul sorgte allerdings die Wahl der Waffen, namentlich des Flugabwehrkanonenpanzers „Gepard“, für einige Verwirrung. Dieser sei „eines der besten Waffensysteme, das die Bundeswehr je hatte an gepanzerten Waffensystemen“, aber eben auch „das komplexeste Waffensystem“. „Sie brauchen mindestens ein halbes Jahr, um Soldaten so auszubilden, dass sie es verantwortungsvoll einsetzen können“, so der Major der Reserve.



„Mir scheint das alles nicht durchdacht zu sein“, urteilte Wadephul weiter, der zwar der Bundesregierung keinen bösen Willen unterstellen wollte, wohl aber Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) Unwissenheit bescheinigte. „Den Gepard jetzt zu liefern, ist eine Sache, die wird der Ukraine erst helfen im Herbst, im frühen Winter“, schätzte der CDU-Politiker.

Dessen Äußerungen ließen für den „Spiegel“-Journalisten Feldenkirchen nur einen Schluss zu: „Wenn es bei diesem Gepard bliebe, dann wäre das tatsächlich eine große Mogelpackung.“

Die SPD-Vorsitzende Esken erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die Entscheidung für den Flugabwehrpanzer kein Alleingang der Verteidigungsministerin oder der Bundesregierung gewesen, sondern „im Zusammenspiel mit den internationalen Partnern gefällt worden“ sei. Die Sozialdemokratin nahm die Regierungspolitik mit dem Hinweis in Schutz, man tue entlang der Entwicklungen in der Ukraine Schritt für Schritt, was notwendig sei.

Dass sie damit den Vorwurf, die SPD und die von ihr geführte Bundesregierung würden bloß auf Sicht fahren, statt endlich einen größeren Plan für den Krieg in der Ukraine zu entwickeln, im Kern bestätigte, schien Esken nicht zu stören. Man muss nicht „im Waffenfieber“ sein, wie Strack-Zimmermann es der deutschen Öffentlichkeit bescheinigte, um darin angesichts der historischen Herausforderung ein unzureichendes Vorgehen zu erkennen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238494385>